



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 02. Oktober 2020

Band 14, Ausgabe 13

## Themen

- **Haushalt**
- **Arbeitsmarkt**
- **Verbraucherschutz**
- **Finanzen**

**„Insgesamt gesehen beraten wir in den kommenden Wochen coronabedingt eher einen Haushaltsentwurf des Reagierens als des Agierens.“**

(Zitat aus meiner Rede zum Entwurf des Bundesregierung für den Bereich Arbeit und Soziales im Bundeshaushalt 2021)

### In dieser Ausgabe:

- |   |   |
|---|---|
| Verbraucherschutz voranbringen          | 2 |
| Bundeshilfen für Kultur                 | 2 |
| Gedanken zu 30 Jahren Deutsche Einheit  | 3 |
| Für eine nachhaltige Finanzpolitik      | 3 |
| Aus meiner Rede zum Bundeshaushalt 2021 | 4 |

## Für eine solide Haushaltspolitik

Nachhaltiges Wachstum und finanzielle Solidität sind entscheidend für Deutschlands Wohlstand. Während wir in der vergangenen Woche im Rahmen der ersten Nachhaltigkeitstage des Deutschen Bundestages über Grundprinzipien nachhaltiger Politik diskutiert haben, wurde in dieser Woche die Debatte über den Bundeshaushalt 2021 und den Finanzplan bis 2024 geführt. Hier schließt sich gewissermaßen ein Kreis. Für uns als Union ist eine solide Haushaltspolitik die Grundvoraussetzung für einen handlungsfähigen Staat.



Die Corona-bedingt außergewöhnliche Situation macht es auch 2021 erforderlich, die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse zu nutzen, um die Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt über eine hohe Neuverschuldung auszugleichen. Nach aktuellem Stand wird sich die Nettokreditaufnahme auf 96,2

Mrd. Euro belaufen; der über die normale Schuldenregelung hinausgehende Anteil soll ab 2026 über 17 Jahre getilgt werden.

Umso wichtiger sind jetzt die richtigen Prioritäten. Mit einer breiten Investitionsoffensive wollen wir der den Auswirkungen der Pandemie begegnen. Es gab noch nie so viel Geld für Zukunfts- und Digitalisierungsprojekte wie aktuell. Damit nutzen wir unsere

Chancen, um Schub zu geben für die Technologien von morgen. Das reicht von digitaler Bildung über zusätzliche Investitionen in Künstliche Intelligenz und moderne Kommunikationstechnologien bis zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen. Unser Motto für die kommenden Monate lautet: Umsetzen, umsetzen, umsetzen.

Auch die klassischen Verkehrsinvestitionen der Bereiche Straße, Schiene und Wasserstraße sollen 2021 auf rund 18,6 Mrd. Euro ansteigen. Mit dem

Konjunktur- und Zukunftspaket werden unter anderem die Investitionen in klimafreundliche Verkehrsträger erhöht. So werden für das „Schnellläuferprogramm Digitale Schiene“ 400 Mio. Euro im Jahr 2021 bereitgestellt. Für Investitionen in Bundeswasserstraßen und zur Förderung der Schifffahrt sind im Haushaltsentwurf infolge des Konjunktur- und Zukunftspakets bis 2024 insgesamt 554 Mio. Euro enthalten.

Die Regeln der Schuldenbremse haben sich bewährt. Wir haben in wirtschaftlich guten Zeiten Vorsorge getroffen. Durch starkes Wirtschaftswachstum unterschritt die Schuldenquote mit 59,8 % im vergangenen Jahr erstmals seit 2002 wieder den Maasricht-Referenzwert. Diese vorausschauende Haushaltspolitik hat unser entschlossenes Handeln in der Krise erst ermöglicht. Ein Rütteln an den Regeln der Schuldenbremse kommt für uns deshalb nicht in Frage.

Wir halten an unserem Ziel fest, mit dem Haushalt für das Jahr 2022 wieder zu den Regeln der normalen Schuldenbremse zurückzukehren.

## Verbraucherschutz voranbringen

Der Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz soll laut Haushaltsentwurf im nächsten Jahr auf 952,2 Mio. Euro steigen. Im Vergleich zum Haushalt 2020 ist dies ein Zuwachs von 32,4 Mio. Euro und damit um rund 3,5 Prozent. Dies ist ein gutes und wichtiges Signal und zeigt, dass uns Verbraucherthemen als Koalition weiter am Herzen liegen. Im Haushaltsentwurf ist eine Vorsorge in Höhe von 113,7 Mio. Euro enthalten, um Entschädigungszahlungen an die von den Pleiten von Thomas Cook und Tour Vital betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher zu leisten.

Ein Entwurf des Bundesjustizministeriums für die dringend notwendige Reform des

Pauschalreiserechts steht noch aus. Beim Thema Rückerstattung der Ticketpreise bei ausgefallenen Flügen müssen wir auf jeden Fall verhindern, dass



Verbraucherinnen und Verbraucher kein Geld bekommen, weil Airlines auf ihre wirtschaftliche Lage verweisen und eine Erstattung trotz Anspruch verweigern. Falls die Airlines uns hier nicht entgegenkommen, werden wir zeitnah darüber sprechen müssen, wie wir die zivilrechtliche Durchsetzung von Verbraucheransprüchen im Flugverkehr für die

Zukunft generell verbessern können. Wir haben als Union bereits Vorschläge zur Fälligkeit der Zahlungen gemacht.

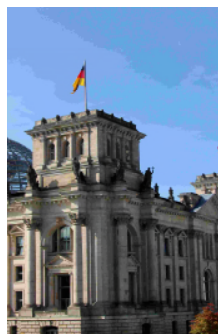
Ein Projekt der Koalition, das im Bereich Verbraucherschutz ebenfalls noch aussteht, ist das Gesetz zu den fairen Verbraucherverträgen. Knackpunkt ist hier die vom Bundesjustizministerium geplante Regelung zu den Vertragslaufzeiten. Die vorgesehene gesetzliche Verkürzung stößt nicht nur bei den betroffenen Unternehmen auf viel Kritik, sie ist in dieser Form auch nicht vereinbart. Unter Verbrauchern stößt diese Verkürzung auf breite Ablehnung. Umgekehrt müssen wir wichtige Themen wie beispielsweise die Unterbindung unerlaubter Telefonwerbung voranbringen.

## Bundeshilfen für Kultur

Kunst und Kultur haben für die Union oberste Priorität. Auch 2021 investieren wir in den Erhalt unserer lebendigen Kulturlandschaft. Aus gutem Grund, denn Investitionen in Kunst und Kultur kommen allen zu Gute. Wie wichtig Kultur ist, wurde während der Corona-Pandemie jedem deutlich: Musik, Schauspiel und Co. haben uns durch die Krise getragen – in der Stadt und auf dem Land. Deshalb konzentrieren wir die Kulturförderung nicht allein auf Metropolen und Leuchtturmprojekte, sondern auch auf die Kultur im ländlichen Raum. Wir wollen Vielfalt von Kulturangeboten und Kulturstätten in ganz Deutschland.

Fast 1,75 Milliarden Euro trägt der Bundeskulturhaushalt 2021. Für die wegen der Corona-Pandemie leidende Kulturbranche wurde im Sommer 2020 das aktuelle ‚Neustart Programm‘ in Höhe von einer Milliarde Euro beschlossen. Damit steht eine sehr hohe Bundesförderung für den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft zur Verfügung.

Denn wir hören die Hilferufe in vielen persönlichen Gesprächen, vor allem auch mit Soloselbstständigen und Schaustellern. Noch sind die Auswirkungen der Coronakrise nicht in Gänze absehbar, aber bereits jetzt sehen wir, wie sehr unsere Künstlerinnen und Künstler lei-



den. Sie alle sind von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Deshalb werden wir uns auch künftig für passgenaue Lösungen einsetzen.

Während in Fußballstadien wieder tausende von Fans sitzen dürfen, können Theater- und Kinoinhaber mit einer 20-prozentigen Auslastung nicht überleben. Mit dieser Ungleichbehandlung muss Schluss sein. Der Föderalismus hat sich bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie ausdrücklich bewährt. Es muss aber auf allen politischen Ebenen die Bereitschaft geben, befristet einheitliche Maßstäbe für Veranstaltungen anzusetzen.

## Gedanken zu 30 Jahren Deutsche Einheit

30 Jahre Deutsche Einheit! Die Bilder von 1989/90, die plötzlich offene Grenze, Menschen aus Ost und West, die sich freudestrahlend umarmen, sie stehen uns noch vor Augen, sie haben sich ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Es war eine glückliche Fügung unserer Geschichte, dass Ost- und Westdeutsche auf friedlichem Wege wieder zusammenfanden.

Heute, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung, ist es für uns alle wieder Alltag, in einem vereinten Deutschland zu leben. Mag es auch hier und da nostalgische Rückblicke geben – niemand will in die Zeit der Teilung zurück. Und ein großer Teil unserer Bevölkerung kennt bereits gar nichts anderes mehr als das vereinte Deutschland. Die Jüngeren haben die Mau-

er nie gesehen und die Teilung nicht mehr erlebt. Jene Zeit vor 1989 ist für sie Geschichte. Und oft wissen sie nur wenig darüber, unter welchen Einschränkungen und Repressionen die Menschen in der DDR zu leiden hatten und wie beklemmend jene Grenze war, die nicht nur Deutschland, sondern Europa teilte, die nicht nur Landstriche, sondern ganze Familien voneinander trennte.

Auch deshalb machen Feiertage wie der heutige Sinn. Sie rufen das Geschehen von damals noch einmal in Erinnerung, sie machen deutlich, wie viel sich seitdem verändert hat, sie zeigen auf, wie unser Land wurde, was es heute ist.

Dass wir die Einheit wiedererlangten und dass wir heute ein Leben in Recht und Freiheit für

alle haben, das verdanken wir einer couragierten entschlossenen Bürgerbewegung und herausragenden Politikern, die die Gunst der Stunde zu nutzen wussten. Mutige Bürgerinnen und Bürger der DDR gingen auf die Straße und forderten auf den

berühmten Montagsdemonstrationen Freiheit und Bürgerrechte ein. Politiker, allen voran Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher und Lothar de Maizière, arbeiteten zielstrebig auf die Einheit hin und erreichten in zähen Verhandlungen, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zustimmten. Ein neuer Weg lag vor uns, wir schlugen ein neues Kapitel in unserer Geschichte auf.



## Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Im kommenden Bundeshaushalt wird die Verschuldung in Deutschland auf etwa 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Wir geben 96 Milliarden Euro mehr aus als wir einnehmen und setzen dafür die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse vorübergehend aus. Das ist in der derzeitigen Corona-Ausnahmesituation eine vertretbare Maßnahme. Diese Schulden müssen aber auch zurückgezahlt werden.

Kinder können nicht auf Schuldenbergen spielen. Wir dürfen die junge Generation jetzt nicht mit übermäßigen Schuldenbergen belasten. Die Steuerlast wird sonst weiter steigen und die Spielräume

für Innovationen und die Gestaltung ihrer Zukunft würden für junge Menschen immer kleiner. Deshalb es ist unabdingbar, dass wir ab 2022 die Schuldenbremse wieder einhalten. Ab 2023 müssen wir mit der Rückzahlung der Corona-Schulden beginnen. Das ist Generationengerechtigkeit.



Wir werden in den kommenden Jahren Haushalte beschließen, die noch von den Auswirkungen der Corona-Krise geprägt sein werden. Das bedeutet: Wir werden sparen müssen. Es wird dann darauf ankommen, gerade nicht bei Investitionen etwa in

die Bildung und wichtigen Zukunftsprojekten wie der Förderung neuer Technologien zu sparen. Und: Wir sind auch für die folgenden Generationen zuständig, die heute noch nicht an der Wahlurne stehen.

Das muss der Bundesfinanzminister in seiner Finanzplanung berücksichtigen. Denn auch auf europäischer Ebene ist die Kreditschuldenaufnahme durch das EU-Hilfspaket im Zuge der Corona-Pandemie immens. Die Rückzahlung dieser Schulden wird gerne in die ferne Zukunft verlegt – und es wird nicht daran gedacht, dass die heutige junge Generation ebenso wie zukünftige Generationen diese Lasten auch tragen können muss.



AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

## «Das Marsmännchen würde nicht erkennen, dass Berlin durch eine Mauer geteilt war.»

(Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble setzt anlässlich von 30 Jahren Wiedervereinigung auf Optimismus. Deutschland gehe es verglichen mit anderen Ländern, «ziemlich gut» sagte der CDU-Politiker im Interview mit RTL und ntv)

## Aus meiner Rede zum Haushalt 2021

„Vor einem Jahr waren wir bei der Debatte zur Einbringung des Bundeshaushaltes 2020 noch unschlüssig, ob wir wirtschaftlich in Deutschland auf eine kleine Untiefe zu steuern, oder eine ausgemachte Krise bevorsteht. Die Entwicklung der vergangenen Monate mit Corona, Handelskriegen, Verschuldungskrise und Brexit hat uns nun nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesamtgesellschaftlich in eine tiefe Krise geführt. Die Folgen sind für viele Menschen, Familien, Unternehmen, unsere Systeme Sozialer Sicherung gravierend. Ein Klima von Verunsicherung und Angst hat sich breit gemacht und lähmt weite Teile unserer Gesellschaft.



Die Bundesregierung hat angesichts dieser brisanten Entwicklungen und vielfältigen Unwägbarkeiten ihren Haushaltsentwurf für das kommende Jahr diesmal drei Monate später vorgelegt als üblich. Der Entwurf ist quasi noch druckfrisch. Die darin ausgewiesenen Gesamtausgaben im Einzelplan 11 für Arbeit und Soziales liegen mit rund 164 Milliarden Euro zwar um etwa 14 Milliarden Euro über den ursprünglich für das aktuelle Jahr 2020 vorgesehenen Ausgaben.

Unter Berücksichtigung des Nachtragshaushaltes für dieses Jahr sinken sie aber um etwa 7 Milliarden Euro. Das weist auf einen verhaltenen Optimismus der Bundesregierung mit Blick auf weitere Entwicklungen hin. Und in der Tat – nach 10 Jahren Aufschwung Dank erfolgreicher Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung, Dank des Aufbaus einer milliardenschweren Rücklage aus Arbeitslosenversicherungsbeiträgen bei der BA und Dank einer jahrelang erfolgreichen Nullverschuldungspolitik des damaligen Finanzministers

Wolfgang Schäuble haben wir heute gute Voraussetzungen für die Bewältigung dieser Krise.

Das Kurzarbeitergeld verhindert derzeit den Anstieg der Arbeitslosigkeit. Es trägt dazu bei, dass die Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht katastrophal erscheint: Gut 600.000 zusätzliche Arbeitslose im Vergleich zum Vorjahr. Das ist angesichts der Schwere der Krise moderat. Sinkende Kurzarbeiterzahlen – nach 6 Millionen Betroffenen im April noch gut 4 Millionen im Juli und steigende Mehrwertsteuereinnahmen sind weitere deutliche Anzeichen für eine Erholung.

Arbeitslosigkeit, Strukturbrüche, Firmenpleiten sind mit dem Einsatz von Kurzarbeitergeld für einen bestimmten Zeit-

raum verhinderbar. Kurzarbeitergeld ist aber kein erfolgreiches Wirtschaftsmodell und kann auch kein Dauerzustand sein. Darauf hat dieser Tage zurecht auch Friedrich Merz hingewiesen. Denn Kurzarbeit verhindert neben allen positiven Wirkungen für Betroffene, dass kurzarbeitende Arbeitskräfte für andere Unternehmen zur Verfügung stehen, die auch in Corona-Zeiten durchaus rentabel wirtschaften und sich weiterentwickeln könnten. Gerade mit Blick auf den ständigen weltweiten Strukturwandel müssen wir aufpassen, dass wir perspektivisch rentable Betriebsstrukturen mit Zukunft auf diese Weise nicht behindern oder gar zerstören.

Ohnehin werden uns in absehbarer Zeit finanzielle Probleme zu Einschränkungen bzw. einem Umsteuern zwingen: Die über ein Jahrzehnt aufgebaute Finanzrücklage der BA wird gerade in Rekordzeit aufgebraucht – erhebliche Steuermittel werden in diesem wie voraussichtlich auch im kommenden Jahr zusätzlich notwendig sein, um die Kurzarbeit zu finanzieren. Ob der von der Bundesregierung für das kommende Jahr vorgesehene Zuschuss von 3,1 Mrd. Euro an die BA ausreichen wird, die finanziellen Belastungen der Kurzarbeit für den Haushalt der BA auszugleichen, hängt wesentlich von der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft ab.“